

Das Geld wird immer wichtiger

Mehrheit fühlt sich von Preissteigerungen stark betroffen / Unsicherheit über Ergebnis der Bundestagswahl

Von unserer Mitarbeiterin
Sibylle Kranich

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Ängste und Sorgen bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem namhaften Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragen mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im siebten Teil des BaWü-Checks geht es um die Stimmung in Baden-Württemberg und eine erste Bilanz nach der Bundestagswahl.

Der Klimawandel war eines der Top-Themen bei der Bundestagswahl im September. Dass es den nicht zum Nulltarif geben würde, war den meisten Wählern bei ihrer Entscheidung wohl klar. Doch seitdem hat sich etwas Entscheidendes verändert: Angesichts der seit diesem Herbst rasant steigenden Preise für Energie und andere Lebenskosten, sinkt in der

sie die Preissteigerungen der vergangenen Monate stark belasten. Von den Bevölkerungskreisen mit einem Haushaltseinkommen von netto 3.500 Euro und mehr sind es immerhin noch 55 Prozent. Besonders stark spüren die Baden-Württemberger die Preissteigerungen derzeit an der Tankstelle, bei der Heizkosten- und Stromabrechnung sowie beim Lebensmittelkauf. 71 Prozent fühlen sich besonders stark von den gestiegenen Spritpreisen betroffen, jeweils rund zwei Drittel von den höheren Heiz- und Stromkosten, weitere 62 Prozent von den gestiegenen Lebensmittelpreisen.

Ärger an der Tankstelle und im Supermarkt

Die höheren Kosten für die Einkäufe des täglichen Bedarfs spüren insbesondere die unteren Einkommensgruppen: 76 Prozent der Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen empfinden die Preissteigerungen beim Kauf von Lebensmitteln als besonders belastend, 74 Prozent von ihnen die gestiegenen Strompreise, 69 Prozent die hohen Heizkosten. Der beginnende Winter dürfte die Sorgen vieler Menschen mit niedrigem Einkommen noch einmal spürbar verstärken.

Die Belastungen durch die aktuellen Preisentwicklungen werden sich mittelbar auch auf die Akzeptanz politischer Entscheidungen auswirken – insbesondere wenn es um Maßnahmen geht, die in der Bevölkerung in Verdacht stehen, mit finanziellen Einbußen verbunden zu sein. Dazu gehören vor allem jene, die einen besseren Klimaschutz garantieren sollen. So erwarten 53 Prozent der Baden-Württemberger für sich und ihre Familien große finanzielle Belastungen infolge der zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren.

Besonders groß ist die Sorge vor zusätzlichen finanziellen Belastungen infolge der Energiewende bei denen, die schon jetzt stark unter der aktuellen Preisentwicklung leiden. Von ihnen befürchten 68 Prozent, dass die zu erwartenden Klimaschutzregelungen sie und ihre Familie spürbar belasten werden. Solange die Preise ganz allgemein weiter steigen, dürfte es die Politik entsprechend schwer haben, die Be-

völkerung von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen.

Die Mehrheit der Bevölkerung weiß bislang noch nicht so recht, was sie von dem Bundestagswahlergebnis halten soll. Große Freude hat das Ergebnis bei den Bürgern jedoch nicht ausgelöst. Lediglich 36 Prozent sind mit dem Ausgang der Wahl im September zufrieden, während 47 Prozent meinen, dass ihnen ein anderes Wahlergebnis lieber gewesen wäre.

Gleichzeitig hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung davon, worum sich die neue Bundesregierung vor allem kümmern sollte. Sie sorgt sich vor allem um die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme, dass die Mietpreise immer weiter steigen und das Gesundheitssystem durch die Corona-Krise zu sehr belastet wird. 65 Prozent der Bürger fordern deshalb, die neue Regierung solle sich besonders um die Sicherheit der Renten kümmern. 58 Prozent halten es für besonders dringlich, dass die Regierung für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgt, und 57 Prozent sehen im Umwelt- und Klimaschutz eine vordringliche Aufgabe der neuen Regierung; jeweils 43 Prozent fordern, dass die Zuwanderung nach Deutschland geregelt wird und sich die neue Regierung der Bekämpfung von Kriminalität widmet.

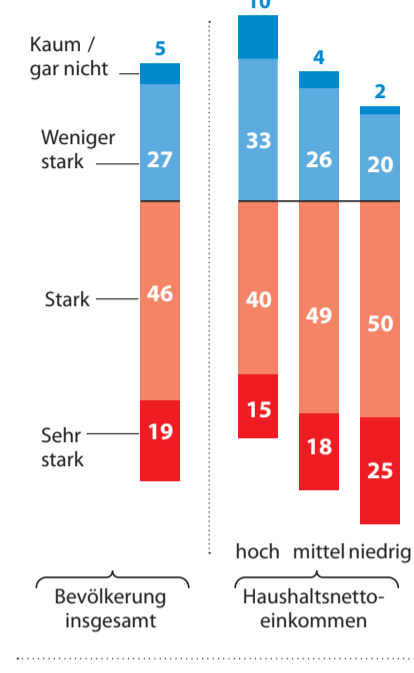
Schulden spielen kleinere Rolle

Aufgrund der Dringlichkeit vieler anderer politischer Aufgaben rangiert das Ziel, die Staatsschulden zu begrenzen, im Prioritätenkatalog der Bürger weit unten. Gleichzeitig unterstützt die Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung das Ziel, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. 53 Prozent meinen, Deutschland sollte an seiner Verpflichtung festhalten und möglichst keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Lediglich jeder Vierte widerspricht und fordert, dass der Staat in bestimmten Bereichen mehr Geld ausgeben sollte, auch wenn dadurch die Staatsverschuldung ansteigt.

Wenig Unterstützung findet zudem die Forderung, ab 2030 keine neuen Autos mit Ver-

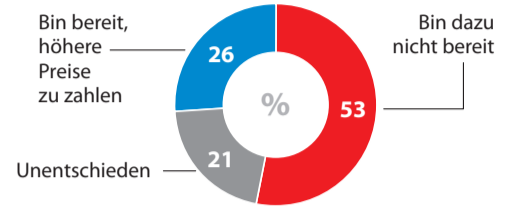
Steigende Preise

„Viele Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?“ (in Prozent)



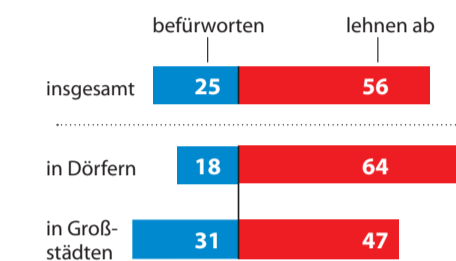
Klimaschutz

„Sind Sie bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen, oder sind Sie dazu nicht bereit?“



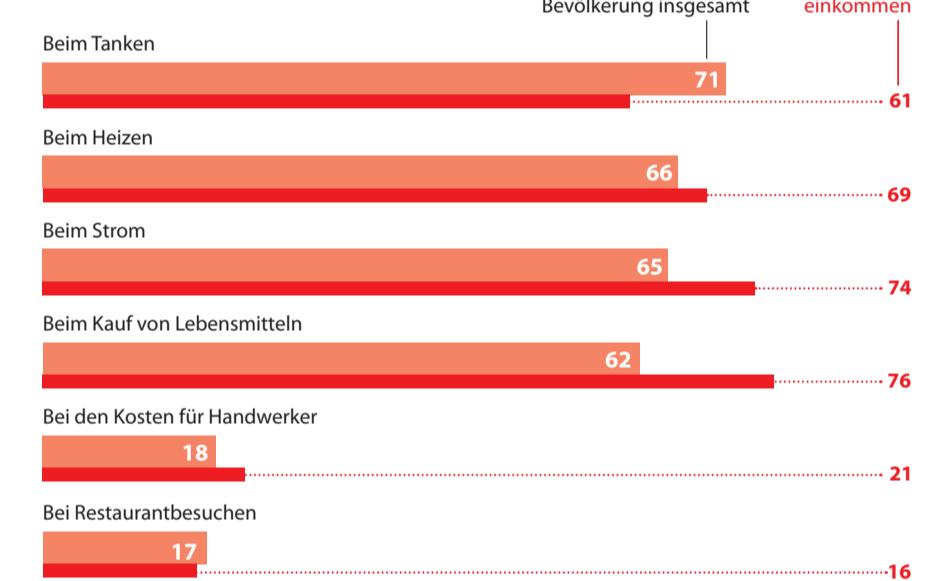
Verbot von Verbrennungsmotoren

„Sind Sie dafür, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb zugelassen werden?“



Finanzielle Belastungen

„In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerungen besonders?“ (in Prozent)



Quelle: BNN-Infografik, Allensbacher Archiv/BT:jv

BaWü-Check



BADISCHES TAGBLATT

Bevölkerung Baden-Württembergs die Bereitschaft, für den Klimaschutz zu zahlen.

Schon jetzt fühlt sich die große Mehrheit der Bevölkerung von den Preissteigerungen der vergangenen Monate stark oder sogar sehr stark betroffen. 65 Prozent der Bürger ziehen die Bilanz, dass die Preissteigerungen sie persönlich spürbar belasten. Dies gilt insbesondere für die Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen: So konstatieren 75 Prozent der Bevölkerungskreise mit einem Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von 2.000 Euro, dass

ne relative Mehrheit (47 Prozent) gegen ein generelles Verbot des Verbrennungsmotors aus. Auf dem Land lehnen sogar 64 Prozent diese Forderung ab. Der Ausgang der Bundestagswahl wurde von der SPD und ihren Anhängern als großer Erfolg gefeiert. Ein größerer Effekt auf die Bewertung der SPD im Bundesgebiet, 37 Prozent sehen die SPD hingegen kritisch. Noch kritischer fällt das Urteil über die baden-württembergische SPD aus: Nur 17 Prozent haben derzeit eine gute Meinung von der Landes-SPD. Trotzdem würden sich aktuell mehr Bürger eine Regierungsbeteiligung der SPD in Baden-Württemberg wünschen als noch im Juli dieses Jahres, also kurz nach der Landtagswahl. Damals begrüßten 35 Prozent die Fortsetzung der grün-schwarzen Landesregierung, derzeit sind es nur noch 31 Prozent. Umgekehrt ist der Anteil derer, die sich stattdessen in Baden-Württemberg eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP gewünscht hätten, von 31 auf 41 Prozent angestiegen. Insbesondere die Anhänger der Grünen sehen die Fortsetzung von Grün-

Schwarz in Baden-Württemberg zunehmend kritisch. Doch ist nach wie vor die Zustimmung zu Ministerpräsident Winfried Kretschmann groß. Noch ist unklar, ob er das Amt des Ministerpräsidenten die volle Amtszeit ausüben wird oder im Laufe der Legislaturperiode an einen Nachfolger übergeben wird.

Kaum Rückenwind für SPD

Unverändert würde es eine relative Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung begrüßen, wenn Winfried Kretschmann die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bliebe. Der Anteil derer, die sich dafür aussprechen, ist jedoch seit Juli dieses Jahres leicht von 45 auf 41 Prozent zurückgegangen. 35 Prozent sind aktuell der Überzeugung, dass es besser wäre, wenn Winfried Kretschmann sein Amt bereits vorher an einen Nachfolger übergeben würde. Auch hier sind es vor allem die eigenen Anhänger, die sich eine vorzeitige Amtsübergabe wünschen.

Die aktuelle Umfrage zeigt, dass die Bevölkerung Baden-Württembergs den Ausgang der Bundestagswahl eher pragmatisch als euphorisch zur Kenntnis genommen hat. Die Auswirkungen auf die Landespolitik lassen sich derzeit nur schwer abschätzen. Viel stärker wirken sich hingegen derzeit die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland auf die Bevölkerung im Land aus. Wenn die Preise für Energie und Lebensmittel weiter ansteigen, könnte dies zu einer ersten ernsthaften Belastungsprobe für die neue Bundesregierung werden.



Besonders stark spüren die Baden-Württemberger die Preissteigerungen derzeit an der Tankstelle, aber auch bei der Heizkosten- und Stromabrechnung sowie beim Lebensmittelkauf. Foto: Julian Stratschulte/dpa